

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 06 86 846 pohn d



## Inhalt

Herbert Schnoor, NRW-  
Innenminister, warnt vor  
dem Polizeistaat:

Seite 1

Herta Däubler-Gmelin  
MdB, Stellvertretende  
Vorsitzende der SPD-  
Bundestagsfraktion,  
weist nach, wie Ärzte  
ins Zwielicht geraten.

Seite 2

Jürgen Schmude MdB: Die  
Zitate und Rechtfertigun-  
gen von Heiner Geißler  
haben uns nicht über-  
zeugt.

Seite 3

Vera Rüdiger MdL, Hessi-  
scher Minister für Bun-  
desangelegenheiten, legt  
dar, was der Bundesrat  
in seiner nächsten Sitzung  
behandelt.

Seite 5

### Dokumentation

Das Papier des SPD-Vor-  
standes über friedenspo-  
litische Aktivitäten.

Seite 7

38. Jahrgang / 121

29. Juni 1983

Kohls Wortblasen

-----  
Innere Sicherheit in einer "neuen Republik"

Von Dr. Herbert Schnoor  
Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen

Bundeskanzler Kohl: "Wir werden nicht dulden, daß der  
große Versuch einer neuen Republik, eines freiheitlichen  
Rechtsstaates im Terror der Straße zusammenbricht."

Eine gewaltige Wortblase. Was kommt zum Vorschein wenn sie  
platzt?

Etwa die neue Republik mit dem alten Landfriedensbruchtat-  
bestand? Hätte der Bundeskanzler, um vielleicht einige  
militante Chaoten mehr zu fassen als die nordrhein-westfä-  
lische Polizei, tausende von friedlichen Krefelder Männern  
und Frauen festnehmen und vor den Hafrichter führen lassen?

Hätte er, wie der parlamentarische Staatssekretär im Bundes-  
innenministerium, Spranger, empfiehlt, in Krefeld am 25.  
Juni von Amts wegen Teilmengen von normalen und perversen  
Minderheiten gebildet? Hätte er dann rechtsstaatliche Grund-  
sätze für die als pervers Bezeichneten außer Kraft gesetzt?

Hätte er lieber den Überwachungsstaat zur Wahrung der  
inneren Sicherheit statt unserer freiheitlichen demokrati-  
schen Grundordnung?

Hätte er lieber das tote Güstrow statt des lebendigen  
Krefeld?

Ein Generalist als General?

(-/29.6.1983+ks/va)

+ + +



### Ärzte im Zwielficht

-----

Eine bedauerliche Aktion gegen den reformierten Paragraph 218

Von Dr. Herta Däubler-Gmelin MdB

Stellvertretende Vorsitzende der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Das Kesseltreiben gegen die Paragraph 218-Reform und die Kostenübernahme durch die gesetzliche Krankenversicherung, wenn ein Schwangerschaftsabbruch wegen einer Notlagenindikation erfolgt, setzt sich fort. Diesmal sind es Ärzte, genauer gesagt die Europäische Ärzteaktion in den deutschsprachigen Ländern, ein Verein, der von Ulm aus zwar kaum auf der gesundheitlichen, dafür aber umso mehr auf der politischen Ebene von sich hören läßt.

Auf 564 Druckseiten (!) mit Texten, die einseitig ausgewählt unsachlich, inhaltlich zum Teil grob falsch sind, schlagen die Ärzte "Alarm um die Abtreibung".

Ein an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages adressiertes Anschreiben verbrämt die politische Absicht auch noch mit "Sparmaßnahmen im Gesundheitswesen".

Stil und Argumentation sind dem Thema gleichermaßen unangemessen. Wir fragen ihre Urheber: Wer finanziert eigentlich die nicht unbeträchtlichen Kosten dieses Pamphlets, das so großzügig überall verteilt wird - unentgeltlich natürlich. Edle Motive, uneigennützige Spender waren es sich nicht. Wenn es dieser "Ärzteaktion" um die Not der Frauen ginge, dann hätte sie sicher konkrete Vorschläge zu finden gewußt, auf welche Weise einer betroffenen Frau wirklich geholfen werden könnte. Dann wären diese Ärzte sicher auf die Idee gekommen, die für diese fragwürdige "Dokumentation" aufgewendeten Finanzmittel für die Beseitigung wenigstens von finanziellen Notlagen auszugeben. Hilfreich wäre es auch gewesen, die Einrichtung zusätzlicher Beratungsstellen für werdende Mütter zu unterstützen, die gerade im süddeutschen Raum nur sehr unzureichend vorhanden sind.

Jeder Arzt, der für die Rückkehr zum alten Rechtszustand eintritt, sollte an die häufig irreparablen und kostenaufwendigen gesundheitlichen Folgeschäden bei Frauen erinnert werden, die in der Vergangenheit durch medizinisch unsachgemäß durchgeführte Schwangerschaftsabbrüche verursacht wurden. Wer als Arzt Kritik am jetzigen Rechtszustand, insbesondere an der Kostenübernahme durch die gesetzliche Krankenversicherung übt, sollte dies abgewogen und erst nach reiflicher Überlegung tun. Zu schnell setzt er sich sonst dem Mißverständnis aus, er handele aus ganz engen Interessen einer Berufsgruppe, die an Schwangerschaftsabbrüchen schon jetzt nicht unbeträchtlich verdient, und die ihre privaten Honorarforderungen zweifellos erhöhen wird, wenn Schwangerschaftsabbrüche auch nur teilweise aus dem Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung herausgenommen werden.

Wenn die Europäische Ärzteaktion zu der politisch wie gesundheitlich unhaltbaren Situation vor der Reform des Paragraph 218 zurückkehren möchte, stößt sie auf den unterschiedenen Protest der Sozialdemokraten.  
(-/29.6.1983/ks/va)

+ + +



**Geißler schadet uns allen**  
-----

**Seine Zitate und Rechtfertigungen überzeugen nicht**

Von Dr. Jürgen Schmude MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Innenpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Eine Bewertung der Debatte des SPD-Antrags im Deutschen Bundestag "Antrag auf Entlassung von Bundesminister Geißler" erübrigt sich. Der aktuelle Anlaß ist vorbei, die Diskussion aber um Geißlers Frontalangriff, der Pazifismus der 30er Jahre habe Auschwitz erst möglich gemacht, geht weiter.

Geißler sieht sich als "Speerspitze"; er provoziert nach der Devise "Die CDU war viel zu lange in der Verteidigung, Sie ließ zu, daß Begriffe wie Friede, Berufsverbot, Gleichsetzung der USA mit der Sowjetunion und so weiter vom Gegner besetzt wurden. Ich muß zum Angriff übergehen. Die CDU ist kein Kegelerbin." (BILD, 25. Juni 1983)

Wer in vergangenen Jahren gehofft hatte, daß es sich bei den Äußerungen von Herrn Geißler um bedauerliche Ausrutscher gehandelt hätte, deren Maßlosigkeit der Urheber nach einer Phase der Besinnung selbst erkennen würde, sieht sich auch dieses Mal getäuscht.

Er hat, wie er selbst sagt, in den Begriff des "atomaren Auschwitz" einen politisch-moralischen Kampfbegriff erkannt, der sich in den Köpfen festsetzen und die Vertreter der westlichen Verteidigungspolitik moralisch in die Defensive bringen könne. Dieser Entwicklung wollte er wirksam entgegengetreten, und zwar um der Wirkung willen ohne Rücksicht auf die Kosten.

Aber die Kosten sind hoch; der Schaden wird noch lange nachwirken:

- Wer bewußt in einer zugespitzten und verkürzten Formulierung den Pazifisten in einen Ursachen-Zusammenhang mit Auschwitz bringt, hat damit zunächst auch gegen den deutschen Pazifismus einen unerhört schweren Vorwurf erhoben.
- Deutsche Pazifisten haben vieles an Verdächtigungen und Beschimpfungen hinnehmen müssen bei ihrer Verfolgung und Unterdrückung durch den Nationalsozialismus, bis zum Mord. Eine Beschuldigung von dieser Tragweite ist selbst damals gegen sie nicht erhoben worden, und daß es ausgerechnet die Opfer der damaligen Verfolgung sind, denen Jahrzehnte später die Mitverantwortlichkeit an eben dieser Verfolgung angelastet wird, macht die Beschimpfung zynisch und im wahrsten Sinne des Wortes unerträglich.
- Auch die fachliche Diskussion darüber, in der Herr Geißler und seine Freunde ihr Heil suchen, wird aber doch nicht im geringsten bestätigen können, daß ausgerechnet der von ihm angesprochene beschuldigte gesinnungsethische Pazifismus die Politik der Westmächte bestimmt hat. Wenn die Westmächte gegen Ende der 30er Jahre dem Hitler-Regime nicht mit der notwendigen Energie entgegengetreten sind, so mögen in der Optik der damaligen Tage auch pazifistische Strömungen in Frankreich und England diese Nachgiebigkeit begünstigt haben. Die politische Fehlspekulation der dortigen konservativen Regierungen, die Hitler an ihrer machtpolitischen Strategie gegenüber der Sowjetunion zu benutzen trachteten und sich in ihm getäuscht haben, hatte nichts mit Pazifismus zu tun und war auch nicht von Pazifisten beeinflusst.
- Dieser Umgang mit der Geschichte kann nur zu groben Falschaussagen führen. Die eigene Verantwortung der damaligen deutschen Führung für die mörderische Verfolgung jüdischer



Menschen und für den Kriegsausbruch erscheint durch solche Aussagen im milderem Licht. Die eindeutige Schuld der Nationalsozialisten, an die uns zu erinnern und zu lernen wie im 50sten Jahr nach der Machtergreifung besonderen Anlaß haben, wird verschleiert.

- Ausgerechnet dem Pazifismus wird die Rolle des Wegbereiters für Massenmord und Krieg zugewiesen. Auf solche Unterstützung aus dem Munde eines Bundesministers haben die immer noch rastlos bemühten Verharmloser der Nazi-Zeit in der neonazistischen Publizistik wahrlich nicht hoffen dürfen. Auch wenn Herr Geißler selbst völlig unverdächtig ist, solchen Leuten in die Hände arbeiten zu wollen. Objektiv aber nützt er ihnen!
- Geißler macht Pazifisten zu gefährlichen Irren, ihre Haltung zu politischem Schwachsinn, was größte Gefahren über uns bringen kann und eben deshalb mit allen Mitteln bekämpft werden muß. Haß und Freundschaft werden so programmiert, nicht Toleranz und Verständigungsbereitschaft. So werden dauerhaft Gräben aufgerissen, wo es doch darum geht, mit einem größtmöglichen Bestand an Gemeinsamkeit durch eine schwierige politische Phase hindurchzukommen.
- Geißler genügt nichteinmal den Maßstäben, die er noch vor wenigen Jahren selbst angelegt hatte: Der Bayern-Kurier versicherte Herrn Geißler gerade im Zusammenhang mit seiner schlimmen Äußerung des Schutzes und Beistandes von Franz Josef Strauß und seinen Weggefährten. Dieser Beistand werde gewährt, so lesen wir dort, obwohl Geißler sich im Bundestagswahlkampf 1980 nach der Strauß-Äußerung über "Ratten und Schweißfliegen" nicht so solidarisch erwiesen habe. Und wörtlich heißt es weiter: "Sähe sich heute Heiner Geißler zu seinem Auschwitz-Wort in CDU und CSU jener Praxis ausgesetzt, die er seinerzeit beim Stichwort 'Ratten und Schweißfliegen' gegen Strauß geübt hat, seine politische Karriere stünde infrage."
- Herr Geißler ist in seinem Ressort gleichermaßen zuständig für Jugendfragen wie für den Zivildienst, also für junge Menschen, die zum beträchtlichen Teil jene gesinnungsethischen Pazifisten sind, die der Minister mit seiner Beschimpfung überzogen hat. Welche Einsicht sollen junge Menschen aus dem Verhalten des für sie in besonderer Weise zuständigen Ministers ziehen, was können Zivildienstleistende noch von ihm erwarten?

Fazit: Schrankenlosigkeit ist kein Recht der Mächtigen und feindselige Diffamierung kein regierungsamtliches Prinzip der innenpolitischen Auseinandersetzung. Alle krampfhafteste Rechtfertigung, alles Sammeln von Zitaten und letztlich die Bekräftigung der Aussage Geißlers durch die Union zeigen: Die sich "christlich" nennende Partei will auf den denunziatorischen Kampfbegriff, den Geißler in die innenpolitische Auseinandersetzung eingebracht hat, nicht verzichten.

Sozialdemokraten werden alles daransetzen, die Phase der Auseinandersetzung um den NATO-Doppelbeschuß zu bewältigen, ohne unsere Demokratie dabei zu beschädigen. Wir werden bei der Erfüllung dieser wichtigen Aufgabe nicht verschweigen, daß wir keine pazifistische Partei sind, und daß wir uns auch nichts als Gefahr und Nachteile davon versprechen, wenn in der Konfrontation der Machtblöcke die eine Seite geschwächt und die andere hoch überlegen erscheint. Die Frage ist aber nicht, mit welchen politischen Meinungen man in diese Auseinandersetzung geht, sondern ob es gelingt, den Streit in toleranter Haltung mit geduldiger Argumentation auszutragen, oder ihn zu einem immer schärferen Konflikt mit dauerhaften, schwerwiegend schädlichen Folgen werden zu lassen. Bundesregierung und CDU/CSU mögen die Folgen bedenken, wenn sie auf verschärfte Konfrontation setzen!

(-/29.6.1983/ks/va)

+ + +



**Ausschreibungsbetrügern geht es an den Kragen**  
-----

**Hessen intensiviert Kampf gegen Wirtschaftskriminalität**

Von Dr. Vera Rüdiger Mdl.

Hessischer Minister für Bundesangelegenheiten

Als erstes wird der Bundesrat in seiner kommenden Sitzung am Freitag, dem 1. Juli 1983, über den hessischen Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität zu entscheiden haben, zu dem die Ausschüßberatungen jetzt abgeschlossen sind.

Bei der Vorlage geht es um zwei Komplexe: Zunächst um die Einführung eines Straftatbestandes des sogenannten Ausschreibungsbetruges, da sich die bestehenden strafrechtlichen Vorschriften gegenüber den häufig praktizierten Preisabsprachen konkurrierender Unternehmer bei öffentlichen Ausschreibungen als wirkungslos erwiesen haben. Zum anderen um die Bestrafung der gesetzwidrigen Überlassung von Leiharbeitnehmern, deren bisherige Ahndung als Ordnungswidrigkeit sich gleichfalls als wirkungslos erwiesen hat. Die rechtswidrige Überlassung und Beschäftigung von Leiharbeitnehmern hat vielfach einen Umfang angenommen, daß sie zu gravierenden Wettbewerbsnachteilen auf dem Kostensektor für solche Betriebe geführt hat, die sich an die bestehenden Vorschriften halten.

Ein Fortbestehen dieses Zustandes kann nicht Sinn einer ausgewogenen Mittelstandspolitik sein. Das Abstimmungsergebnis im Bundesrat läßt sich noch nicht in vollem Umfang übersehen. Sicher scheint zu sein, daß die unionsreglierten Länder das Problem Leiharbeiter trotz seines mittelstandsfreundlichen Aspekts ablehnen werden. Die Begründung, es solle zunächst ein Prüfungsbericht der Bundesregierung über die Bewährung des bisherigen Rechts abgewartet werden, ist angesichts der durchaus geläufigen tatsächlichen Situation offensichtlich mehr hinhaltend als aufrichtig.

Offen ist die Lage noch beim Ausschreibungsbetrag, wo sich der Rechtsausschuß (mit kleineren Modifikationen) für, Wirtschafts- und Sozialausschuß jedoch gegen Einbringung ausgesprochen haben.

Der als zweiter Tagesordnungspunkt vorgelegte hessische Entwurf für ein Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Kreditwesen entspricht in seinen Grundzügen einer Gesetzesinitiative des Bundesrates vom 12. Februar 1982, die durch die Auflösung des 9. Bundestages hinfällig geworden ist. Es geht dabei um ein bekanntes und viel diskutiertes Wettbewerbsproblem zwischen öffentlich-rechtlichen und privaten Kreditinstituten: Durch das Subventionsabbaugesetz ist die Steuerbelastung für die öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute nicht unerheblich erhöht und dadurch die Bildung von - für den Umfang des Kreditgeschäfts wichtigem - Eigenkapital dieser Institutsgruppe erschwert worden.

Der hessische Gesetzesantrag zielt darauf ab, für alle öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute mit Gewährträgerhaftung oder Anstaltslast bankenaufsichtsrechtlich bis zur Höhe von 20 Prozent der bilanziell ausgewiesenen haftenden Eigenmittel einen Zuschlag für die Haftung beziehungsweise Tragung der Anstaltslast als Eigenkapital anzuerkennen. Für alle anderen Kreditinstitute soll unabhängig von deren Rechtsform die Möglichkeit anerkannt werden, bis zur Höhe von höchstens 20 Prozent der in der Bilanz ausgewiesenen Eigenmittel nachrangige Verbindlichkeiten bankenaufsichtsrechtlich als Eigenkapital anzuerkennen.



Der Gesetzentwurf wird voraussichtlich in der kommenden Sitzung noch nicht abschließend beraten, sondern in die Ausschüsse verwiesen werden.

Der von der Hessischen Landesregierung vorgelegte Entschließungsantrag, mit dem die Bundesregierung zur Vorlage eines Gesetzes zur Ausdehnung des Weiterbeschäftigungsanspruchs von Arbeitnehmern während des Kündigungschutzprozesses aufgefordert wird, hat folgenden Hintergrund: Während des Kündigungsrechtsstreits, der bei Ausschöpfung aller Instanzen vier Jahre dauern kann, ist der gekündigte Arbeitnehmer regelmäßig aus dem Betrieb ausgegliedert, eine Rückeingliederung nach Abschluß des Verfahrens ausgeschlossen. Dies belegen empirische Untersuchungen der sozialwissenschaftlichen Forschungsgruppe am Max-Planck-Institut, nach denen nur rund 0,5 Prozent der klagenden Arbeitnehmer nach Ablauf der Kündigungsfrist bis zum rechtskräftigen Abschluß des Kündigungsrechtsstreits vorläufig weiterbeschäftigt werden und nach positivem Abschluß des Rechtsstreits nur 1,7 Prozent aller klagenden Arbeitnehmer die Rückkehr an den Arbeitsplatz erreichen. Auch unter Einbeziehung der aufgrund einer gütlichen Einigung weiterbeschäftigten Arbeitnehmer erhöht sich dieser Anteil lediglich auf acht Prozent.

Das Bestandsschutzziel des Kündigungsschutzgesetzes ist damit weitgehend verfehlt, die Kündigungsschutzklage zum Abfindungsprozeß verkümmert, so daß eine Novellierung dringend angezeigt ist. Der Entschließungsantrag dürfte vom Bundesrat in der kommenden Sitzung noch nicht abschließend beraten, sondern zunächst an die Ausschüsse verwiesen werden.

Abschließend sei auf den Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Internationalen Privatrechts hingewiesen. Die bisherige rund achtzig Jahre alte Regelung des Internationalen Privatrechts - bisher enthalten in den Artikeln 7 bis 31 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch - ist lückenhaft. So fehlen, um nur einiges herauszugreifen, Regelungen zu gemischt nationalen Ehen, zum Internationalen Schuldvertragsrecht und die in der Bundesrepublik neu geregelten Statusfolgen der nicht-ehelichen Vaterschaft sind nicht berücksichtigt.

Künftig soll im Internationalen Personen-, Familien- und Erbrecht grundsätzlich das Recht des Staates maßgeblich sein, dem die Hauptbeteiligten angehören. Sehr wichtig ist angesichts der zahlreichen in der Bundesrepublik mit Ausländern geschlossenen Ehen die Regelung, daß bei unterschiedlicher Staatsangehörigkeit der Ehegatten das Recht des Staates heranzuziehen ist, in dem sie sich gewöhnlich aufhalten. Aufenthaltsrecht soll im übrigen besonders für Wirkungen familienrechtlicher Beziehungen gelten, so für das Unterhaltsrecht und für das Eltern-Kind-Verhältnis außerhalb vollständiger Familien.

Entsprechend den Empfehlungen seiner Ausschüsse wird der Bundesrat einige marginale Detailkorrekturen empfehlen, im übrigen aber keine Einwendungen gegen den Gesetzentwurf der Bundesregierung erheben.

(-/29.6.1983/ks/fm)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

Der SPD-Vorstand hat am 27. Juni folgende von einer Arbeitsgruppe des Parteivorstandes und vom Präsidium am 13. Juni vorgelegte Feststellungen mit Zustimmung zur Kenntnis genommen.

**Friedenspolitische Aktivitäten**  
-----

1. Die Bundesrepublik erfüllt ihre Verpflichtung innerhalb des Bündnisses und seines festgelegten Geltungsbereichs voll. Dies ist vor allem Verdienst der Bundeswehr, die unter sozialdemokratischen Verteidigungsministern zu einer leistungsfähigen und verlässlichen Streitkraft in unserer Demokratie geworden ist.

Die Gliederungen der SPD müssen auf jeden Fall jede Konfrontation gegenüber der Bundeswehr und den alliierten Streitkräften verhindern helfen. Sozialdemokraten werden in den örtlichen Friedensinitiativen gemeinsame Diskussionsveranstaltungen mit Angehörigen der Bundeswehr anregen und schon im Vorfeld die Möglichkeit eigener Veranstaltungen prüfen, zu denen sowohl Soldaten als auch Zivildienstleistende eingeladen werden.

2. Eine gesellschaftliche Bewegung, wie sie die außerparlamentarischen Friedensinitiativen darstellen, und eine politische Partei, die um parlamentarische Mandate und um die Regierungsmacht ringt, haben in der Demokratie unterschiedliche Aufgaben wahrzunehmen.

Sozialdemokraten wirken jedoch zahlreich in Friedensinitiativen mit und beeinflussen dadurch auch die Diskussion innerhalb der Friedensbewegung.

Die SPD respektiert die Eigenständigkeit und Unabhängigkeit der Friedensbewegung.

3. Die SPD hat ein Interesse an der Stärkung des Friedensgedankens, ohne sich in allen Punkten mit Forderungen zu identifizieren, die in der Friedensbewegung erhoben werden. Das persönliche und das gemeinschaftliche Engagement der Bürger ist ein legitimer und notwendiger Bestandteil der parlamentarischen Demokratie.
4. Die SPD wendet sich gegen jegliche Diffamierung der eigenständigen Friedensbewegungen im Westen wie im Osten. Dies bedeutet Solidarität mit denjenigen, die wegen ihres Engagements für die Friedensbewegung aus der DDR ausgewiesen wurden. Dies bedeutet aber auch eine klare Absage an diejenigen, die wie der gegenwärtige Bundesinnenminister die Friedensbewegung mit Verdächtigungen und Vorabverurteilungen diffamieren und Gewalt geradezu herbeireden.
5. Die SPD betrachtet die Friedensbewegung als mitunter unbequemen, manchmal die Grenze zwischen Wunsch und Wirklichkeit überschreitenden Bundesgenossen im Ringen um die Fortsetzung der Entspannungspolitik, um das Anhalten der Rüstungsspirale und um



Abrüstung. Die SPD ist bereit, sinnvolle Forderungen aus der Friedensbewegung in der parlamentarischen Arbeit aufzugreifen und einzubringen.

6. Die Solidarität der SPD hat dort ihre Grenze, wo Gruppen das Prinzip der Gewaltfreiheit und Friedfertigkeit verlassen; das Eintreten für Frieden und Abrüstung setzt die Bereitschaft voraus, mit ausschließlich friedlichen Mitteln für dieses Ziel einzutreten. Eine Berufung auf das Widerstandsrecht gemäß Paragraph 20, Absatz 4 Grundgesetz im Zusammenhang mit einer eventuellen Raketenstationierung ist ebenso abzulehnen wie Überlegungen, die einen Generalstreik zur Diskussion stellen.
7. Gegen eine ad hoc durchzuführende konsultative Volksbefragung bestehen durchgreifende politische und verfassungspolitische Bedenken.
8. Sozialdemokraten können sich auf der Grundlage ihrer eigenen Positionen an friedlichen Aktionen beteiligen:
  - Eigene Informationsveranstaltungen der Partei im Rahmen von Friedenswochen beziehungsweise im Rahmen der Aktionswoche der Friedensbewegung vom 15. bis 22. Oktober 1983.
  - Diskussionsforen und Podiumsdiskussionen in der Trägerschaft von örtlichen Gruppen der Friedensbewegung, wenn der pluralistische Charakter dieser Veranstaltungen gegeben ist.
  - Unterschriftensammlungen für Petitionen an den Deutschen Bundestag, Sonder-sitzungen der örtlichen Gemeindevertretungen / Kreistage zu friedenspolitischen Themen.
  - Beteiligung an friedlichen Aktionen wie Friedensfesten, Demonstrationen und Kundgebungen auf regionaler und Bundesebene.
9. Als inhaltliche Orientierung dienen die Beschlüsse der Partei sowie die folgenden aktuellen Dokumente:
  - die Handreichung der SPD-Bundestagsfraktion;
  - das Kommuniqué des Gewerkschaftsrates vom 13. Juni 1983.
10. Der Parteivorstand wird den Gliederungen eine Reihe von konkreten Hilfestellungen für die friedenspolitischen Aktivitäten im Laufe dieses Jahres geben.

(-/29.6.1983/ks/va)

+ + +

